

Der freie Schwarzwälder

Mildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 7)



Bezugpreis monatlich 30 Pfg. Durch die Post im Nachbarverkehr 2,15 M., in Württemberg 2,22 M. vierteljährlich, bis zu Bestelldatum 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Wochenzelle oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 32

Donnerstag, den 6. Februar 1919

36. Jahrgang.

Die Kämpfe in Bremen.

In Bremen haben die Zustände nun wirklich zum Blutergießen geführt. Die langen Verhandlungen verliefen ohne Ergebnis, die Spartakisten haben aber die Freistadt besetzt, sich auf die Verteidigung einzurichten und den Regierungstruppen durch Ueberfälle Verluste beibringen. Die Regierung sah sich genötigt, der Gewalt entgegenzutreten und sie erteilte den Befehl zum Angriff. Die Spartakisten scheinen sich energisch gewehrt zu haben und erst nach langem, hartem Kampf konnten die Hauptteile der Stadt besetzt werden. Das ist nicht ohne schwere Verluste auf beiden Seiten vor sich gegangen, aber die Regierungstruppen sind jetzt Herr der Lage und die bisherige Regierung in Bremen hat, das Ruhlose weiteren Widerstands begreifend, die Einstellung des Kampfes angeordnet, ein Befehl, der aber noch nicht von allen ihren Anhängern befolgt wird. Die Mehrheitssozialisten haben sofort eine neue Regierung gebildet, die Wiederherstellung der Ordnung und des wirtschaftlichen Lebens, Freiheit der Person und Presse, Schutz des Eigentums verspricht.

W.T.B. bringt folgende Meldungen:

Bremen, 4. Febr. Bereits im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends nahmen die Vorpostengerechte im Landgebiet rund um die Stadt an Umfang zu. Es kam zeitweise zu lebhaften Kämpfen. Seit heute früh setzte der Angriff mit allen Mitteln moderner Kriegstechnik ein. Starker Geschützdonner und lebhaftes Maschinengewehrfeuer rollten durch die Stadt. Mehrere Granaten schlugen in unmittelbarer Nähe des Doms, der Börse und des Rathauses ein. Das neue Rathaus erhielt einen Volltreffer durch das Dach, ebenso der Nordturm des Doms in halber Höhe. Um 4 Uhr setzte das Bombardement mit neuer Stärke wieder ein. Die Arbeiter hielten die Uebergänge der Weser.

Bremen, 5. Febr. „Bösmanns Telegraphisches Bureau“ meldet: Nach einer Waffenstillstandspause von ungefähr 1 1/2 Stunden lebte gestern Abend der Kampf gegen 5 Uhr wieder auf. Schwere Kanonendonner setzte von neuem ein und unausgesetztes Maschinengewehrfeuer kündigte die Fortdauer der Straßenkämpfe an. Im Rathaus wurden fortwährend Verwundete eingeliefert. Um 8 Uhr erreichte als erstes von den Regierungstruppen

das Bremer Freiwilligenkorps unter lauten Jubel, von der Weserbrücke kommend, den Marktplatz und nahm vom Rathaus Besitz. Die umliegenden Gebäude wurden sofort von den Partisanen einer Durchsuchung unterzogen. Dann erfolgte der Einzug der Geschütze, Maschinengewehre und Panzerwagen, die auf den Marktplatz aufzufahren. Kurz darauf ließ der Dom sein Geläute zu Ehren der Gefallenen ertönen, gleichzeitig aber auch, um der Bevölkerung anzuzeigen, daß die Gewalt Herrschaft der Kommunisten in Bremen ihr Ende erreicht habe. Auch in den Vororten wurde scharf gekämpft.

Um 1 Uhr mittags ertief die radikale Regierung, eine Bekanntmachung, in der es hieß: Die Fortsetzung des Kampfes ist unmöglich. Das Feuer ist daher sofort einzustellen und die Waffen sind auf dem Rathaus abzuliefern. Trotz dieser Aufforderung legten die Arbeiter den Kampf fort. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist sehr groß. Der Bahnhof wurde von den Regierungstruppen gestürmt, ebenso das Marktwortel. Die Arbeiter, die über die Weserbrücke nicht mehr zurückkehren konnten, waren die Waffen weg und verbergen sich in den Häusern. Die Sankt-Pauli-Kirche ist schwer beschädigt.

In der Stadt wurde nachfolgender Aufruf einer neuen provisorischen, von fünf Mitgliedern der Mehrheitspartei unterzeichneten Regierung verbreitet:

An die Bevölkerung Bremens!

Seit dem 10. Januar stand Bremen unter der Gewaltherrschaft einer kleinen Minderheit. Der Wille der Volksmehrheit wurde unterdrückt, die Presse in einer bis dahin in Deutschland unerhörten Weise geknebelt, der von der Gesamtheit der Arbeiterschaft gewählte Arbeiterrat entrechtet, die Waffen aus der Hand derer, denen sie gehören, in unerbittliche Hände gegeben, das Privateigentum mißachtet, die Freiheit der Person verletzt. Tausende von Arbeitern mit Waffen Gewalt an der Arbeit verhindert.

Dieser Miß- und Gewaltherrschaft war es vorbehalten, das erste Blutergießen in Bremen heraufzubefehlen. Damit nicht genug, haben sich die Gewaltthäter offen gegen die Reichsregierung aufgelehnt, unbekümmert um die Gefährdung der deutschen Einheit, unbekümmert darum, daß unsere Feinde einem bolschewistischen Deutschland weder Frieden noch Wohlgeraten werden, unbekümmert auch um die Zukunft Bremens, das, vom In- und Auslande als Hochburg des Terrors, als Feind der Freiheit geachtet, dem wirtschaftlichen Untergang entgegen ging.

Das Versprechen einer Bremischen Nationalversammlung war nur Mandat. Das haben die maßgebenden Führer selbst erklärt. In Wahrheit sollte am Rätekonvent festgehalten

werden und Bremen in einer bolschewistischen nordwestdeutschen Republik aufgehen.

Mit überwältigender Mehrheit hat sich Bremens Bevölkerung am 19. Januar gegen eine solche Diktatur entschieden.

Getragen von diesem Willen des Volkes, erklärt im Auftrag der Reichsregierung die von ihr eingesetzte provisorische Regierung den Rat der Volksbeauftragten und den Volksrat für abgelehnt, das Volkskommissariat und den Arbeitererrat für aufgehoben.

Die prov. Regierung wird unverzüglich nach demokratischen Grundsätzen eine verfassunggebende Bremische Nationalversammlung berufen. Diese allein wird über Bremens Zukunft entscheiden. Sie wird eine Regierung, die die Volkswillens ist, einsetzen, und die Verwaltung neu ordnen.

Berlin, 5. Febr. In der gestrigen Sitzung der Soldatenräte wurde ein Telegramm an den Oberkommandierenden Roske abgeschickt, in dem das Vorgehen der Regierung gegen Bremen scharf verurteilt und die Zurückziehung der Regierungstruppen gefordert wird. Auch der Rücktritt Roskes wurde verlangt. Ferner wurde gegen die Aeußerungen Scheidemanns, die Soldatenräte seien überflüssig, heftig Einspruch erhoben.

Hamburg, 5. Febr. Gestern sollten 1500 Sicherheitsmannschaften zur Disziplinierung nach Bremen abgehen. Auf dem hannoverschen Bahnhof wurde ihnen erklärt, daß das Bahnpersonal keinen Dienst tue. Der Verkehr ruht auf sämtlichen Bahnhöfen. Weitere Maßnahmen will der Soldatenrat von den Nachrichten abhängig machen, die aus Bremen kommen.

Hamburg, 5. Febr. Die Telegraphenbeamten haben heute morgen um 9 Uhr den Dienst eingestellt, weil der A- und S-Rat in der Nacht den telegraphischen Verkehr der Zensur unterworfen hatte. Sie werden den Dienst erst wieder aufnehmen, wenn die Zensur wieder aufgehoben und nicht wieder eingeführt werden darf. Seit 11 Uhr vormittags ist auch der Fernspreverkehr eingestellt worden.

Neues vom Tage.

Vorbereitungen zur Nationalversammlung.

Berlin, 5. Febr. Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte begrüßt in einer Kundgebung die morgen in Weimar zusammentretende Nationalversammlung und erklärt als ihre wichtigste Aufgabe, die deutsche Republik zu einem Einheitsstaat umzugestalten in Uebereinstimmung mit dem Zweck der Revolution der Ar.

Ein Deutscher

Von Otto Kuppius.

Er verließ das Zimmer, und die Lady am Kamin sah wortlos mit gerunzelter Stirn ins Feuer, als sollten ihre Blicke das ausdrücken, was der alte Gentleman sichtlich unangenehm gelassen — nach wenigen Minuten in dessen Erscheinen dieser, durch einen warmen Ueberwurf geschützt, wieder, und Reichardt ging an seiner Seite, ohne daß auf dem Wege ein Wort zwischen beiden gefallen wäre; Reichardt fühlte, daß irgend etwas in der Angelegenheit, die er übernommen, nicht ganz in Ordnung sein müsse; er mochte indessen nicht das erste Wort ergreifen.

Der Kassier zündete im Koffenzimmer eine Gasflamme an, öffnete einen der in die Wand eingemauerten Geldschränke und zählte fünf Hundert-Dollarnoten vor Reichardt auf den Tisch, sorgfältig die erhaltene Anweisung an demselben Orte verwahrend. Reichardt barg das Geld in seine Brieftasche und sagte dann aufsehend: „Ach denke, Mr. Bell, Sie haben mir noch irgend etwas zu sagen; ich bin ein Feind von halben Andeutungen, besonders wenn ich nichts davon verstehe.“

Der Angeredete schloß langsam die äußere Tür des Geldschranke und wandte sich dann nach dem Sprechenden. „Sie sind zufällig beauftragt worden, das Geld zu holen, Sir?“ fragte er.

„Durchaus zufällig, Mr. Bell! Ich kam von der oberen Stadt, als mich Mr. Frost anrief.“

„Und Sie wissen nicht, zu welchem Zwecke es verwandt werden soll?“

„Gabe nicht die entfernte Idee davon, Sir!“

„Sie kennen auch nicht das so verkwünderlich eingerichtete kleine Zimmer im Astorhaus?“

„Ich habe es einmal gesehen, Sir, ehe ich hier ins Geschäft trat, und dann nicht wieder.“

„Ach! — nun, Mr. Reichardt, ich glaube Ihnen, denn ich habe keinen Grund für das Gegenteil — glauben Sie mir aber auch eins!“ sagte der Kassierer, die Brauen dicht zusammenziehend. „In diesem kleinen Zimmer im Astorhaus, in dem der Teufel seine Hütte aufgeschlagen hat, sind mehr Seelen verloren gegangen als Sie in Ihrer Unerfahrenheit ahnen mögen, und mehr vielversprechende junge Leute tun dort allüber.“

„In die ersten Schritte auf dem breiten Pfad zu ihr... Untergange, als es einer von ihnen selbst weiß. Ich habe trotz der kurzen Zeit Ihrer Anwesenheit im Geschäft Interesse an Ihnen genommen, Sir, und habe schon in Bezug auf Sie an die Zeit gedacht, in welcher ich vielleicht meinen jetzigen Posten verlassen möchte — alles dies, Sir, würde ein einziger Abend in jenem kleinen Zimmer austreichen können — Sie gehen heute einen schlüpfrigen Weg, denken Sie an mich, Sir, und Gott gebe, daß ich morgen früh das selbe klare Auge bei Ihnen widerfinde, wie heute Abend.“ Er winkte Reichardt, voranzugehen, und verabschiedete sich, an der Straße angekommen, freudig von ihm.

Wenn der Alte durch Abschreckung hatte wirken wollen, so hatte er den entgegengesetzten Weg eingeschlagen — konnte sich Reichardt doch trotz aller Worte noch keine Vorstellung dessen machen, was in dem kleinen Zimmer Entsetzliches vorging. Als er das Astorhaus erreicht, kam ihm schon aus den hintern Zimmern der junge Frost entgegen. „Gott sei Dank, daß Sie da sind; die schönsten Chancen habe ich bereits verpassen müssen,“ rief dieser und zählte sichtlich das ihm dargereichte Geld, „jetzt aber kommen Sie mit mir, wir gehen halbpart heute Abend, ich habe eine Idee, daß Sie Glück bringen müssen.“

„Einen Augenblick!“ erwiderte Reichardt, dem plötzlich ein volles Verständnis ausging, halblaut. „Sie sind...“

„Gott! und Sie haben kaum jemals wieder so

viel Gelegenheit, sich mit den jungen Leuten aus unserer Gesellschaft bekannt zu machen als heute Abend!“ war die Antwort.

„Ich gehe einige Minuten mit Ihnen, aber stellen Sie mich nirgends vor, noch verlangen Sie von mir, irgend einen Anteil am Spiel zu nehmen,“ entgegnete Reichardt, der sichtlich Ungebuld des andern nachgebend, „liegt Ihnen aber nichts besonderes an mir, so ist es vielleicht besser, wenn ich nach Hause gehe.“

John Frost blieb höflich stehen und warf einen fortdenkenden Blick in das Gesicht Reichardts. „Ich will gehängt werden,“ jagte er unruhig, wenn Ihnen der alte Bell nicht eine Predigt gehalten und von dem breiten Pfad gesprochen hat; — ich habe Sie lieb, Reichardt, und möchte nicht, daß Sie Ihre Abende Gott weiß wo verbringen, möchte, daß Sie in die Gesellschaft eingeführt werden, in die Sie gebären, und so stellen Sie sich zu mir, und kümmern Sie sich um nichts weiteres!“

Der Sprechende hatte leicht Reichardts Arm erfaßt und führte ihn bei den letzten Worten nach den hintern Räumen. Dort öffnete sich nach einem eigentümlichen Klopfen des Amerikaners eine Tür vor ihnen; zwei leere, halbdunkle Zimmer wurden durchstritten, und jetzt erst tat sich auf erneutes Klopfen der kleine komfortable Raum auf, welchen Reichardt bereits kannte.

Das Zimmer war fast gänzlich von Gästen besetzt; trotzdem herrschte eine Stille unter diesen, die Eintretenden unwillkürlich ihren Schritt dämpfen ließ.

Der Tür gegenüber erhob sich eine Art Büffet mit halb gefüllten Flaschen, Gläsern und Zigarrenlisten regellos besetzt. Rechts von diesem hatte ein langer Tisch die Hauptzahl der Anwesenden um sich versammelt, und links waren zwei Tische besetzt mit die übrigen Gäste gruppiert.

beiter und Soldaten. Einzelne Freistaaten im Reich erheben dagegen neuerdings Ansprüche auf weitgehende einzelstaatliche Hoheitsrechte in der Verfassung, wodurch die Entwicklung zum Einheitsstaat gefährdet werde. Diese schädlichen Bestrebungen seien, soweit sie über die Geltendmachung landsmannschaftlicher Selbstverwaltung und Kulturinteressen hinausgehen, entschieden zu bekämpfen. Die Organisation der A- und S-Räte sei zur Verstärkung der Arbeitervertretung und ihrer Produktionsinteressen, sowie zur vollständigen Gehaltung des Heerwesens in die Verfassung einzuführen.

Berlin, 5. Febr. Den in Gotha stationierten Truppen ist die Mitwirkung an der Sicherung der Nationalversammlung zugesichert worden.

Je zweimal täglich wird zwischen Berlin und Weimar ein Postdienst durch Flugzeuge vermittelt.

Weimar, 5. Febr. Die sozialdemokratische Fraktion trat gestern vormittag im Weimarer Volkshaus zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Ebert führte aus, die Revolution habe die Partei vor eine riesige Aufgabe gestellt. Der Versuch, sie gemeinsam mit den Unabhängigen zu lösen, mußte scheitern, denn wäre es nach ihrem Willen gegangen, wären wir in vollständiger Anarchie hineingeraten. Inzwischen ist nach dem 16. Februar, sobald die Volkswahlen in Deutsch-Oesterreich vollzogen sind, werde sich eine Abordnung der österreichischen Fraktion zur Teilnahme an den Fraktionsverhandlungen einfinden.

Wien, 5. Febr. Gestern vormittag zog die Arbeiterschaft von den Vororten in die Stadt, um bei der Landesregierung wegen der Fleisch- und Milchnot zu protestieren. Eine Horde halbwüchsiger Burschen drang in ein neben dem Regierungsgebäude gelegenes Haus ein. Das war der Beginn von schweren Ausschreitungen und Plünderungen, die auch nachmittags andauerten. Zwei Bataillone der Volkswehr sind zur Wiederherstellung der Ordnung aufgebogen.

Berlin, 5. Febr. Die „Postische Zeitung“ schreibt: Die sozialdemokratische Fraktion macht jedenfalls Anspruch auf die Stelle des ersten Präsidenten. Unter den Namen, die genannt werden, treten besonders Heine und der Breslauer Löbe hervor. Demokraten und Zentrum halten heute ihre Fraktionsitzungen ab. Von deren Ergebnis wird es abhängen, ob ein großes Koalitionskabinett von 14 bis 16 Personen gebildet wird oder ob nur Sozialdemokraten und Demokraten sich zusammenschließen. In letzterem Falle denkt man in sozialdemokratischen Kreisen, daß Ebert zum provisorischen Reichspräsidenten ernannt wird. Ein politisches Kabinett im bisherigen Sinne würde nicht mehr gebildet werden, sondern ein Reichsministerium, in dem von den bisherigen Mitgliedern Graf Brockdorff, Preuß und Schiffer verbleiben würden. Landsberg würde das Justizministerium übernehmen, Wiffel an Stelle Müllers das Reichspostamt, Noske das Reichsmarineamt und Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille würde den Vorsitz im Kabinett führen. Wurm soll das Reichsernährungsamt beibehalten.

Die Spartakisten.

Magdeburg, 5. Febr. Gestern sind einige an den spartakistischen Märschen Beteiligte verhaftet worden. Unter ihnen befindet sich ein bekannter Schwerverbrecher, der einen von dem früheren Polizeipräsidenten Eichhorn ausgestellten Reisepaß bei sich trug.

Dortmund, 5. Febr. Das Fahrpersonal der Dortmunder Straßenbahn befindet sich im Ausstand.

Glensburg, 5. Febr. Der Rat der Beamtenvereinigung hat an den Arbeiter- und Soldatenrat in Glensburg ein bis heute mittag befristetes Ultimatum gerichtet, nicht weiter gegen die Regierung vorzugehen, sonst würden sämtliche Beamte in den Ausstand treten.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 5. Febr. In den letzten Kämpfen in Hopfengarten bei Bromberg schnitt ein Pole einem deutschen Kind den Hals ab. Der Mörder, der nur mit Mähe der Lynchjustiz entzogen werden konnte, wurde in Bromberg dem Gericht übergeben.

Breslau, 5. Febr. Die Polen haben in der vergangenen Nacht die Stadt Rawitsch halbkreisförmig angegriffen. Die Rawitscher Besatzung, etwa 500 Mann, hat im Verein mit Bürgerwehr, die mehrfach eingeleitet wurde, den Feind zurückgeschlagen. Der Kampf dauerte bis 6 Uhr morgens. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Die Lage ist ernst. Vom 6. Korps sind Verstärkungen abgegangen. Aus Obernigk ist unter Führung des Stabsarztes Dr. Kobisch eine Freiwilligentruppe nach Rawitsch abgegangen, um die Bürgerwehr zu verstärken.

Von der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 5. Febr. Von französischer Seite wurde verlangt, daß bis elf Uhr früh Soldaten vor den Deutschen aus dem Osten heimgeführt werden. Die deutsche Kommission hat das Ansinnen abgelehnt, weil die Durchführung schon rein technisch unmöglich wäre. Darauf hat Marschall Foch die deutsche Bitte, die Lazarette in Frankfurt a. M. für die Kranken des 18. Armeekorps freizugeben, abgewiesen, ebenso wurde das Ersuchen, den deutschen Krankenschwestern, Ärzten und Geistlichen den Besuch der noch in Feindesland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen zu gestatten, abgelehnt. Den Gefangenen gehe es gut, sie seien „fett“ und haben keinen Besuch nötig.

Der Lehrbetrieb der Universität Bonn ist fast vollständig lahmgelegt, weil die Hörsäle von englischen Besatzungstruppen belegt sind. Die deutsche Waffenstillstandskommission erhob Protest.

Beschlagnahme deutscher Dampfer.

Berlin, 5. Febr. Der „Post. Ztg.“ wird aus Westmünde berichtet: Die Lloyd-Dampfer „Scharnhorst“ und „Sierra Ventana“, auf der Reise von Kopenhagen nach England, sind von den Engländern beschlagnahmt worden, angeblich wegen bolschewistischer Umtriebe. Die Mannschaften wurden an Bord interniert.

Einigung der Industriellen.

Jena, 5. Febr. Die Mitglieder des Zentralverbands deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen haben in einer gemeinsamen Tagung in Jena beschlossen, die Verbände zu einem Reichsverband der deutschen Industriellen zu verschmelzen. Eine mehrstündige Erörterung über die Frage der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer führte zu einer befriedigenden Lösung. Die Versammlung erhob gegen die Verhaftung westdeutscher Eisen- und Stahlindustriellen durch die Franzosen und Belgier Protest und sprach dem sogenannten Deutschen Wirtschaftskongress die Befugnis ab, sich als Vertreter der Industrie aufzuspielen.

Lübeck, 5. Febr. Senator Emil Pöschel, ältester Inhaber des Erz- und Eisenhauses v. Pöschel u. Co., ist im Alter von 68 Jahren gestorben.

Lohnbewegung der Bankbeamten.

Berlin, 5. Febr. Eine Versammlung der Angestellten der Kommerz- und Diskontobank beschloß, in den Streit einzutreten, wenn die Forderungen des Personals nicht bewilligt werden. Die Verhandlungen werden vom Verband der Bankbeamten geführt.

Ohne Wasser.

Mülheim a. Ruhr, 5. Febr. Die Arbeiter des westfälischen Wasserwerks haben wegen Nichterfüllung ihrer Lohnforderung in vollem Umfang die Arbeit niedergelegt. Dadurch sind die Bezirke Mülheim, Duisburg, Oberhausen, Essen, Borsbeil, Stedrade, Osterfeld, Bottrop, Glaubek, Kirchhellen, Dorsten und andere ohne Wasser.

Die Landeswahlen in der Pfalz.

Ludwigshafen, 5. Febr. Nunmehr sind sämtliche 866 Stimmbezirke gezählt. Danach wurden abgegeben für die Bayerische Volkspartei 119 757, für die Deutsche Volkspartei 77 917, für die Deutsche dem. Partei 52 878, für die Unabhängige soz. Partei 74 53, für die Sozialdem. Partei 157 788 Stimmen. Im ganzen wurden 416 973 Stimmen abgegeben. Es entfallen auf die Bayerische Volkspartei 7 und 1, auf die Deutsche Volkspartei 4, auf die Deutsche dem. Partei 3, auf die Sozialdem. Partei 8 und 1 Abgeordnete.

Krawalle in Wien.

Wien, 5. Febr. Infolge der verkürzten Fleischration auf 100 Gramm für den Kopf und die Vöckel kam es gestern in Wien zu Straßenkrawallen und Plünderungen der Lebensmittelgeschäfte, der Gasthäuser und Hotels. Die Ausschreitungen nahmen einen großen Umfang an und dauerten bis zum Abend.

Der österreichische Staatshaushalt.

Wien, 5. Febr. Der halbjährige Staatsvoranschlag für Deutsch-Oesterreich einschließlich Deutsch-Böhmen und der Deutschen des Sudetenlandes schätzt die Ausgaben auf 2477 und die Einnahmen auf 1230 Millionen. Das Heereskontingent für Einberufungen in der Uebergangszeit wird auf höchstens 24 000 Mann festgesetzt. Weiterer von dem Ausschusse angenommene Anträge betreffen die Anpassung des Wehrgesetzes an die entsprechenden Bestimmungen der deutschen Republik. Der Wirkungskreis der Soldatenräte ist dem Verordnungsweg vorbehalten.

Flugdienst Prag-Paris.

Paris, 5. Febr. (Havas.) Der „Matin“ meldet aus London, daß eine amerikanische Kommission in Berlin angekommen sei, um einen direkten Flugdienst Prag-Paris einzurichten. Die deutsche Regierung habe in die Ausführung einer direkten Linie über Berlin eingewilligt.

10 Milliarden Vorschuß.

Paris, 5. Febr. Der „Soir“ meldet, der belgische Ministerpräsident habe von den Alliierten einen Vorschuß von 10 Milliarden Franken auf die Schadenergütung für den Krieg erhalten.

Gegen Clemenceau.

Paris, 5. Febr. „Humanité“ veröffentlicht Proteststimmen aus Elsaß-Lothringen wegen der französischen Annexionspolitik betreffend des Saarbezirks und Arbeiterlagen aus allen besetzten Ländern. „L'Œuvre“ verurteilt scharf den Siegesstolzer Clemenceaus. Seine Popularität nehme in Frankreich rasch ab. Die Kammer habe den Wunsch, die Leitung des Auswärtigen in andere Hände übergehen zu sehen.

Bedrohliche Lage in Irland.

London, 5. Febr. „Daily News“ melden aus Dublin, die Lage in Irland beginne, eine sehr bedrohliche Form anzunehmen. Die Führung der Arbeiterbewegung in Dublin sei vollständig in die Hände der bolschewistischen Richtung übergegangen.

Die Umwälzung in Portugal.

Madrid, 5. Febr. (Havas.) Die Monarchie wurde in Mafra wieder hergestellt, wo starke monarchistische Streitkräfte zusammengezogen sind. In Lissabon soll es an Lebensmitteln fehlen, weil die Verbindung nach dem Norden unterbrochen ist.

Voller Schadenertrag.

London, 5. Febr. Reuter meldet: Von wohlunterrichteter Seite wird mitgeteilt, die englische Regierung halte nach wie vor an dem vollen Schadenertrag durch Deutschland und Oesterreich-Ungarn fest und es sei so gut wie sicher, daß die Friedenskonferenz die Rechtmäßigkeit der Forderung anerkenne. Anderslautende Mitteilungen der Zeitungen seien unrichtig.

Berlin, 5. Febr. Die deutsche Waffenstillstandskommission sucht bei der Entente folgenden Vorschlag durchzusetzen: 1) Es muß gestattet sein, daß die linksrheinischen Unternehmungen ihre Tageserzeugung unter Aufrechterhaltung des Bestands vom 15. Januar absetzen dürfen; 2) Die Erzeugnisse, welche von der Ent-

ente nicht gekauft werden, können nach der rechten Rheinseite geliefert werden; 3) Unter Fortfall der Listen der zur Ausfuhr grundsätzlich verbotenen Güter werden die Formalitäten für die Freigabe der Güter möglichst vereinfacht.

Hamburg, 5. Febr. Spartakistische Arbeiter überfielen einige Sicherheitswachen und beraubten sie der Waffen. Sie suchten darauf die Kaserne des Inf. Regt. 76 und eine Polizeiwache zu stürmen, wurden aber abgewiesen. Auch der Versuch, sich des Freihafens zu bemächtigen, um die großen Lebensmittellager in Brand zu setzen, wie sie erklärten, mißlang.

Düsseldorf, 4. Febr. Der Generalfreil der Vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen hat heute begonnen.

Der internationale Sozialistenkongress.

Bern, 4. Febr. (Schweiz. Dep. Ag.) Die internationale sozialistische Konferenz nahm heute ihren Fortgang. Heute sind 22 Länder mit 88 Delegierten vertreten. Eisner-München führt aus: Die Deutschen dürfen sich der Aussprache über die Schuldfrage nicht entziehen. Seine Schuld müsse Deutschland dadurch fühlen, daß es auf dem Wege zum Sozialismus voranschreite. Die Darlegungen des Mehrheitssozialdemokraten Wels seien nicht recht verständlich, er bringe die deutsche Revolution in den Verdacht, daß die Beherrschenden nicht aus moralischer Ueberzeugung gekürzt wurden, sondern weil sie die Schwächeren waren. Für ihn (Eisner) habe es bereits von Anfang des Kriegs an festgestanden, daß das deutsche Volk von seinen Führern betrogen wurde. Wenn man schließlich über das Weiden des Kriegs getäuscht werden konnte, so hätte man aber die Aussichten des Kriegs sich nicht täuschen lassen dürfen. Der Krieg sei von einer Horde großverwahnsinniger Militärs gemacht ohne jede politische Verantwortung und ohne jede militärische Einsicht. Man betrachtete den Krieg als Stahlbad gegen die sozialistische Verfeuchung. Die deutsche Revolution sei 4 1/2 Jahre zu spät gekommen und darum werde sie im Ausland nur als der Ausdruck der Verzweiflung und nicht als die Tat eines tapferen Volks gewertet. Eisner wendet sich gegen den Vorwurf, daß er durch seine Veröffentlichungen den Siegeswillen der Gegner gestärkt habe; die Wahrheit hätte gesprochen werden müssen, selbst wenn Deutschland darüber zu Grunde gegangen wäre. Die Mehrheitspartei habe während des Kriegs eine große Schuld auf sich geladen, indem sie mitgeholfen habe, Deutschland in den Abgrund zu stürzen. Nachdem das deutsche Volk seine Führer davongejagt und im Begriff stehe, den Sozialismus zu schaffen, habe es das Recht, am Wiederaufbau der neuen Welt mitzuarbeiten. Die deutsche Revolution sei das Ergebnis einer im Stillen unermüdlich vorwärtsdrängenden Arbeit. Die deutsche Sozialdemokratie wolle nicht den Richter spielen an den Schuldnern, die nun im Verborgenen leben müssen. Wenn man dem deutschen Volk Unwürdiges zumute, so werde es lieber untergehen.

Müller verteidigt die Stellung der Mehrheitssozialisten. Er glaubt fest an die Wiedervereinigung der deutschen Sozialistenparteien. Alle Regierungen seien verantwortlich am Kriege und an dessen Ausbruch. Bethmann Hollweg habe sich in Bezug auf den Ausgang des Kriegs pessimistisch geäußert. Nicht nur die deutschen Militaristen, sondern die Militaristen von ganz Europa tragen die Schuld am Krieg. Müller verteidigte sich gegen den Vorwurf, daß sich Ende Juli 1914 in Paris die französische Partei über die Haltung der deutschen sozialdemokratischen Partei getäuscht habe. Deutschland sei infolge der russischen Mobilmachung auf das Schlimmste gefährdet gewesen. Der Redner verlangt zur Klärstellung der Schuld die Offenlegung aller Archive der ganzen Welt. Ein Gericht können wir nur anerkennen, wenn es zusammengesetzt wäre aus Neutralen und nicht aus Männern wie der Franzose Thomas, der den Ankläger gespielt habe.

Grumbach (Elsass) sagte, nach seiner Ansicht werden alle Franzosen die Reden Eisners und Kautskys als Grundlage zum Wiederaufbau der Internationale ansehen. Jeder Deutschland aufgezwungene Frieden, der der Resolution nicht Rechnung trage, das linke Rheinufer annehme und Deutschland zerstückele, werde ein nichtiger Felsen-Papier sein.

Longuet erklärte, daß die Sozialisten aller Länder für die nationale Verteidigung eingetreten seien. Er wolle aber die deutschen Mehrheitssozialisten nicht entschuldigen, weil sie gegen die Vergewaltigung Belgiens, gegen den U-Bootkrieg und gegen den Frieden von Brest-Litowsk nicht protestiert hätten. Hinter dem Bolschewismus stehen Millionen von Proletariern, er könne aber den Bolschewismus nicht verteidigen.

Gavonsti (russ. Sozialrevolutionär) betont, die deutsche Mehrheitssozialdemokratie könne nicht einfach ausgestoßen werden. Deutschlands Fehler seien durch die Revolution und durch seine Leiden gesühnt. Die Entente genossen müßten Deutschland von der großen Gefangenschaft des Bolschewismus befreien.

Adler (Oesterreich), mit stürmischem Beifall empfangen, sagt, Oesterreich, dem Deutschland Unterstützung gewährt habe, sei zwar schuldig an der Entzweiung des Weltkriegs, den es bewußt vorbereitet habe, schuldig seien aber auch die anderen Imperialisten, besonders Russland. Adler verwirft jede Resolution, die den Bolschewismus verurteilt, ohne daß dieser sich verteidigen kann.

Troelstra sagt, er hoffe, daß die deutsche Mehrheitssozialdemokratie durch eine ehrliche und offene Erklärung auch in moralischer und geistiger Beziehung die Bande wiederherstellen werde, die zwischen den Sozialisten Deutschlands und der anderen Länder bestanden hätten. Er sei kein Anhänger des Bolschewismus. Man müsse sich fragen, welchen Einfluß die Konferenz in Bern auf die Pariser Verhandlungen haben werde. Man müsse sich heute über eine gemeinsame Aktion klar werden, um das sozialistische Programm gegen etwaige Beschlüsse in Paris durchzubringen.

Am Schluß der Sitzung ließen die deutschen Mehrheitssozialisten eine

Entscheidung

überreichen, in der die sozialdemokratische Partei Deutschlands, sich zu der Auffassung bekennend, daß der Weltkrieg im allgemeinen eine Folge der imperialistischen Politik des vergangenen Jahrhunderts sei. Diejenigen Vorgänge seien festzustellen, die unmittelbar das vierjährige Völkermorden verursacht haben. Diese sind in erster Linie das österreichische Ultimatum an Serbien, die allgemeine russische Mobilmachung und die hierauf erfolgte Kriegserklärung Deutschlands an Rußland und Frankreich. Wir lehnen jede Verantwortung für den Ausbruch und die Führung des Kriegs ab. Damit die Verantwortung festgestellt werde, fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands die restlose Aufklärung dieser Vorgänge. Sie erwartet aber auch von den Parteigenossen aller übrigen kriegsführenden Länder, daß sie von ihren Regierungen das gleiche Vorgehen verlangen.

Bern, 5. Febr. Zu Beginn der heutigen Sitzung trat als erster Redner der englische Delegierte Thomas auf. Er will die Vergangenheit ruhen lassen. Die wichtigste Aufgabe sei die Errichtung des Völkerbunds. Nur ein Friede, der den Bund aller Völker bringe, könne nähen, weil er künftig alle Kriege vermeide. In Paris dürfe kein Friede zwischen Siegern und Besiegten geschlossen werden, der Haß und Erbitterung zurückläßt, sondern ein Friede der Wilsonschen Verzöhnung. England wolle den deutschen Militarismus nicht durch einen englischen ersetzen. Es werde aber dafür sorgen, daß die Arbeiter von der Rüstungsindustrie nicht mehr ausgebeutet werden können.

Hermann Müller dankte der englischen Abordnung für die angebotene Verzöhnung. Immer habe die deutsche Sozialdemokratie den Militarismus bekämpft und wie in diesen Kampf geführt habe, könne man aus der Tatsache ersehen, daß Tirpitz zurzeit der bestgehabte Mann in Deutschland sei. Die deutsche Sozialdemokratie habe nichts einzuwenden gegen die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und die Herabsetzung der Dienstpflicht auf möglichst kurze Zeit. Dagegen habe Clemenceau bereits gesagt, daß Frankreich sein Heer noch lange brauchen werde. Auch seien englische Stimmen laut geworden, daß England seine Flotte erhalten müsse. Müller hält aus natürlichen Gründen einen Krieg auf Jahrzehnte hinaus für ausgeschlossen und glaubt, daß nach dieser Frist die Sozialdemokratie stark genug sein werde, jeden Krieg zu verhindern.

Vizepräsident Wibaut bringt eine Entscheidung über den Völkerbund zur Berlesung, in der die Rechte des Siegers auf Beute verworfen werden, ebenso alle Bündnisverträge, die mit gewissen Staaten für ihren Eintritt in den Krieg mit Anspruch auf Gebietszuwachs abgeschlossen wurden. Sie verwirft ferner die Festsetzung von Grenzen nach rein militärischen Gesichtspunkten, jede gewalttätige oder verschleierte Annexion auf Grund angeblicher geschichtlicher Ansprüche oder wirtschaftlicher Notwendigkeiten.

Tröskera erklärt, der Völkerbund müsse sowohl die Verteilung als auch die Erzeugung der ganzen Welt beherrschen.

Bern, 5. Febr. Bei Eröffnung des Berner Sozialistenkongresses erklärte der Vorsitzende Branting, daß die Arbeiten der Konferenz am kommenden Samstag mittags 12 Uhr beendet sein würden.

Brüssel, 4. Febr. (Gavas.) Die belgische sozialistische Geschäftsleitung lehnte von neuem mit 21 gegen 10 Stimmen bei 3 Stimmenthaltenungen die Teilnahme an der Berner Konferenz ab. Vondervelde legte darauf den Vorsitz des internationalen Bureaus nieder.

Internationale Gewerkschaftskonferenz

Bern, 5. Febr. Der internationale Gewerkschaftskongress wird heute abend im Berner Volkshaus eröffnet werden und gleichzeitig neben der internationalen Sozialistenkonferenz seine Arbeiten aufnehmen.

Württemberg.

Stuttgart, 5. Febr. Vom Ministerium des Innern. Die Le an lung der Angelegenheiten, betreffend die Wohnungsauflösung und Wohnungsfürsorge sowie des Hochbauwesens ist vom Arbeitsministerium wieder an das Ministerium des Innern (Dr. Lindemann) übergegangen.

Stuttgart, 5. Febr. Die Entschädigung des Präsidenten. Justizminister v. Kiene hat als stellv. Vorsitzender der Zentrumsfraktion ein Schreiben an den Präs. Keil gerichtet mit dem Erluchen, den auf die Angriffe des Abg. Graf (Ztr.) in der Landesversammlung ausgesprochenen Verzicht auf die Entschädigung des Amtsaufwands als Präsident der Landesversammlung rückgängig zu machen. Abg. Graf habe die Absicht der Zentrumsfraktion nicht richtig wiedergegeben. Der Fraktion habe jede Spize gegen die Person des Präsidenten fern gelegen.

Stuttgart, 5. Febr. (Müdr.) Wie wir hören, wird der derzeitige Leiter der Dienstgeschäfte des Generalkommandos und langjährige Chef des Stabs des stellv. Generalkommandos XIII. Generalmajor v. Ströbel demnächst aus dem militärischen Dienste scheiden, um als Mitglied des Verwaltungsrats des Württ. Landesvereins vom Roten Kreuz vom 1. April ds. Js. an die Geschäftsleitung dieses Vereins und gemeinsam mit dem Baudirektor von Weger jeweils auch die Stellvertretung des Präsidenten zu übernehmen.

Stuttgart, 5. Febr. (Geschäftszeit.) Die Freizeite dürfen ihre Geschäfte von 8 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends, an den Samstagen und an den Tagen vor den Festtagen bis 8 Uhr abends offen halten.

Stuttgart, 5. Febr. (Futer Fan g.) Der wegen Eigentums- und Nothheitsvergehen vielfach vorbestrafte, 45 Jahre alte Tagelöhner Paul Klinger von Zug, OÄ. Badnang, hat sich durch Betrug in den Besitz eines der Heimatkraftwagenkolonne gehörigen Kraftwagens im Wert von 30 000 Mk. gesetzt. Der Kraftwagen ist wieder beige, hat Klinger in vorbestraf.

Leutenbach, OÄ. Waiblingen, 5. Febr. (Diebstahl.) Einem hiesigen Landwirt wurden zwei Ochsen in der Nacht aus dem Stall gestohlen. Auf die Ergreifung des Diebes sind 500 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Hall, 5. Febr. (Müdr.) Nach fast 37-jähriger Tätigkeit hat Herr A. Chur den Vorsitz des Handelschulrats niedergelegt. Rektor Dr. Heintzeler hat um Enthebung von der Vorstandschafft des Gewerbe- und Handelschulrats gebeten.

Urach, 5. Febr. (Erschossen.) In Urachen hat in angetrunkenem Zustand wegen einer geringfügigen Geldforderung der Jagdaufseher Schnauser den bejahrten Gemeinderat Kazmaier aus dem Haus gelockt und nach kurzem Wortwechsel niedergeschossen.

Nottweil, 5. Febr. (Notstandsarbeit.) Der Bau der Bahn Schömberg-Nottweil ist als Notstandsarbeit in Aussicht genommen.

Ein Soldat verlor seine Briefmappe mit 300 Mk. und seinen Entlassungspapieren. Eine hiesige Frau fand das Verlorene. Sie verbrannte Mappe und Papiere und verbrauchte das Geld für sich.

Tuttlingen, 5. Febr. (Stand der Pocken.) Bis jetzt sind vier Pockenfälle und ein Verdachtsfall gemeldet. Die Personen, die mit den Erkrankten in Berührung gekommen sind, werden aufgefordert, sich der Schutzimpfung zu unterziehen.

Tuttlingen, 5. Febr. (Siedlungsverein.) Am 3. Februar wurde der Tuttlinger Siedlungsverein G. m. b. H. mit 58 Gesellschaftern und einem Stammkapital von Mk. 115 500.— unter namhafter Beteiligung der Stadtgemeinde Tuttlingen und des Schwäbischen Siedlungsvereins G. V. in Stuttgart gegründet.

Sigmaringen, 5. Febr. (Bürgerwehr.) Da der militärische Schutz bei der Demonstration am letzten Samstag versagt hat, so ist hier eine Bürgerwehr gegründet worden.

Baden.

Das Verhältnis von Staat und Kirche.

Karlsruhe, 4. Febr. Der Verfassungsausschuß der bad. Nationalversammlung setzte heute vormittag die Aussprache über den § 18 des Verfassungsentwurfs betr. Kirche und Staat fort. Von 103. Seit wurde die Aufnahme eines prinzipiellen Gesetzes über die Trennung in die Verfassung nicht für nötig erachtet, zumal ein solcher Satz ganz verschieden ausgelegt werden könne. Dagegen lege die Sozialdemokratie Wert auf die rechtliche Gleichstellung aller kirchlichen und religiösen Gemeinschaften. Die vom Zentrum erhobene Forderung des Nachweises eines irgendwie formulierten Velenntnisses wird von der Demokr. Fraktion abgelehnt. Gegen die völlige Beseitigung des staatlichen Einflusses z. B. bei der Errichtung von Klöstern, Schaffung von Konfessionsschulen und dergl. werden von demokr. Seite aus wirtschaftlichen Gründen Bedenken geäußert. Der letzte Abschnitt des § 18 gibt noch zu einer eingehenderen Aussprache Anlaß: „Anwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken sind unzulässig, soweit nicht rechtsgültige Verpflichtungen bestehen.“ Von einem dem. Redner wird darauf hingewiesen, daß die weitestgehende kirchliche Liebes- und Fürsorgetätigkeit dem Staat bzw. Volk zugute komme. Er erwarte, daß bis 1924 unangetastet die Staatsdotations gewährt werde und daß die Verfassung auch für späterhin ihre Gewährung ziv. Beantragung ermögliche. Mit 14 Stimmen gegen 7 (sozialdem.) Stimmen wird die Streichung des Schlusssatzes des § 18 beschlossen.

In der Nachmittagsitzung entspann sich eine lebhafte Aussprache über den Abs. 3 des § 18: „Jede kirchliche und religiöse Gemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten frei und selbständig im Rahmen der allg. Staatsgesetze.“ Hierzu lag ein 103. Antrag vor, das Staatsministerium habe auf Antrag einer kirchlichen oder religiösen Gemeinschaft festzustellen, von wann an ihr die Körperschaftsrechte zuzurechen. Bei der Abstimmung wurde der Abs. 3 in der Fassung der Regierungsvorlage mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt und diesem Absatz mit 20 Stimmen folgende Fassung gegeben: „Alle staatlich anerkannten kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind rechtlich gleichgestellt und ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten frei und selbständig.“ Kirchliche und religiöse Gemeinschaften, die nach ihrer Verfassung und der Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten und deren Ziele den Staatsgesetzen nicht zuwiderlaufen, müssen durch das Staatsministerium als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt werden und haben alsdann das Recht der Selbstbesteuerung nach Maßgabe der Landesgesetze.“ Mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen. Der Abs. 4 (Kirchengut usw. darf keinen Zweck nicht entzogen werden) wurde mit einer kleinen Aenderung angenommen.

Karlsruhe, 5. Febr. Das Ministerium für Uebergangswirtschaft hat bestimmt, daß die Anordnung betr. die Löhne im Buchdruckgewerbe auch in Baden rechtswirksam sind.

Maunheim, 5. Febr. Beim Schlittschuhlaufen auf dem Rheinsporen brach der 13jährige Schüler Friedrich Landherr ein und erkrankt. Beim Versuch ihn zu retten, fand der 16jährige Schlosserlehrling Karl Tritschler ebenfalls den Tod.

Worzhheim, 5. Febr. Beim Aufspringen auf einen elektrischen Straßenbahnwagen kam der Schlossermeister Friedrich Gutmänn unter die Räder und wurde getötet.

Baden-Baden, 5. Febr. In einer Versammlung der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen wurde u. a. gefordert, daß das geraubte Eigentum vom Reich vergütet werden müsse, falls keine Rückgabe durch die Franzosen erfolge.

Willingen, 5. Febr. Das 7. bad. Infanterieregiment Nr. 142, das vor dem Krieg in Rülhansheim im Elsaß in Garnison war, wird hierher verlegt.

Die Frauen und das Gemeindevahlrecht.

D. V. C. In der Landesversammlung wird gegenwärtig in einem besonderen Ausschuss das neue Gemeindevahlrecht beraten, das auch den Frauen das Gemeindevahlrecht bringen wird, das in den früheren Kämpfen als eine Art Stange des Frauenwahlrechts überhaup galt. Aus Norwegen, Schweden, Dänemark, England, aus den Vereinigten Staaten, Canada und Australien liegen hier praktisch bewährte Erfahrungen vor. Auch in Deutschland waren da und dort bereits Frauen in Verwaltungsdeputationen mit Erfolg tätig. Wie außerordentlich eng die Verbindung zwischen Einzelhaushalt und Stadthaushalt ist, entzieht sich freilich der Kenntnis breiter Frauenschichten.

Und doch hat der Krieg gezeigt, da die Gemeinden die Ernährungsfürsorge selbst in die Hand nehmen mußten, daß die Ernährung der Säuglinge und der Kranken, die Fütterung von Milch, Fett, Fleisch, Stärkungsmitteln, die Art der Rationierung u. a. m. Fragen des ureigensten Frauengebiets sind. Zwar haben Frauen in den meisten Gemeindeverwaltungen in den städtischen Preisprüfungsstellen erspriehliche Arbeit geleistet, aber es fehlte ihnen der geschliche Boden, so daß ihre Wirksamkeit von dem mehr und leider recht oft minder guten Willen der städtischen Behörden abhängig war. Auch bei der städtischen Kriegswohlfahrtspflege und in den Kriegsunterstützungskommissionen haben die Frauen oft für die Erlangung der notwendigen Kompetenzen kämpfen müssen. Auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung war die Mitarbeit der Frauen umso bringender, als die Arbeitslosigkeit für die Frauen vor dem Krieg geradezu Stiefkinder der städtischen Verwaltungen waren.

Die kommunal-sozialen Fragen werden in der nächsten Zeit gerade den Frauen ein dankbares Arbeitsfeld schaffen. Aber auch ferner liegende Gebiete, wie Hoch- und Tiefbau, Park- und Gartenverwaltung, Verkehrsweisen, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke usw. enthalten eine Fülle von Fragen, die von den Berufs- und Hausfrauen mitberaten werden können. Die dringende Amgestaltung der Armenverwaltung nach modernen Grundsätzen, die Waisenspflege, die Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge, das Vormundschaftswesen, Gesundheits- und Wohnungspflege, Polizeifürsorge, Jugendpflege, Schulverwaltung u. v. a. verlangen dringend Fraueneinfluß.

Es wird sich nicht bloß darum handeln können, nun einfach Frauen zu Gemeindevorteckerinnen zu wählen, sondern die Aufklärung aller Bürgerinnen zur zweckmäßigen Anwendung ihres Wahlrechts wird die Hauptaufgabe der nächsten Wochen sein. Die Werbetätigkeit wird auch für die Gemeindevahlen mit aller erforderlichen Kraft fortgesetzt werden müssen.

Bestagte Wählerinnen.

D. V. C. In einem Stuttgarter Wahllokal erichien eine hochbetagte Wählerin, sah sich mit neugierigen Augen um und richtete dann an den Wahlvorstand die sehr bestimmte Frage: „Kann man hier Zentrum wählen?“ Auf die bejahende Antwort gab sie resolut ihren Stimmzettel ab und verließ hochbefriedigt nach wohlgetaner Arbeit das Lokal, während sich der Wahlvorstand die staatsrechtliche Frage überlegte, ob in Frage und Antwort nicht eine bedenkliche Durchbrechung des Wahlschheimnisses und ein Anfechtungsgrund vorliege.

Aus Burgfelden, dem höchstgelegenen Ort Württembergs, mit den ältesten Kunstdenkmalern, berichtet der „Neue Ab-Vote“: Als bei der Wahl zur Landesversammlung Männlein und Weiblein einmütig zur Wahlurne marschierten, da litt es die 92 Jahre alte frühere Hebamme Katharine Schab Wwe. hier, eine noch rüstige Frau und fleißige Leserin des „Neuen Ab-Voten“ nicht mehr zu Hause. Auch sie wollte ihre Stimme für Hausmann und die demokratische Partei abgeben. Leider war sie in der Wählerliste nicht aufgenommen, das schmerzte sie, aber rasch entschlossen erklärte sie, dann komme sie am nächsten Sonntag zur Nationalversammlung; Hausmann wähle ich doch! Und sie ließ sich nicht verdrießen am weiten Wahlsonntag und zog nach erfüllter Wahlpflicht freudig nach Hause, indem sie mit Lebhaftigkeit von ihrem seligen Mann erzählte, der in ihren Jahren oftmals Flugblätter für Schwarz und Hausmann in der Gemeinde verteilt habe und manchmal mit politisch Andersgesinnten in einen scharfen Redekreis geraten sei.

Vermischtes.

Die Pocken sind nun auch in Nonna und Marlen (Amst. Offenburg) ausgebreitet. In letzteren Orten ist eine ganze Familie erkrankt.

Hungersnot. Professor Johannsen, ein bekannter Arzt in Stockholm, erklärte in einem Vortrag über die Lebensmittel in Deutschland, auf die englische Blockade seien 800 000 Todesfälle durch Unterernährung zu rechtfertigen. Die tägliche Ernährungsgröße von 1800 Kalorien für jede Person sei nicht genügend und es sei überdies fraglich, ob nicht auch diese herabgesetzt werden müsse, da die Abperzung noch strenger sei als während des Kriegs. Falls nicht bald eine Aenderung zu schaffen sei, werde eine völlige Hungersnot einbrechen.

Escherlager. Bei einer Baufirma in D. n. adt, Württ. OÄ. Blaubeuren, wurden folgende Borräte beschlagnahmt: 54 Ztr. Weizenmehl, 3 Ztr. Gerstenmehl, 8 Ztr. Mischmehl, 10 Ztr. Branzen, 13 Indurichte, 5 Ztr. Würfelzucker, 3 Ztr. Kaffalzucker, 8 Ztr. italienische Bohnen, 1 Ztr. Eichart, 3 Ztr. Knochensuppe, 1 1/2 Ztr. Haserflocken, 4 1/2 Ztr. weisse Suppenstoffe, 1 1/2 Ztr. Schmalz, 1 Ztr. Erbsen, 40 Dosen Wurmkonferven und 200 Ztr. Kartoffeln, die dem Verderben nahe sind.

Der Geldschmuggel. Neuill wurde berichtet, daß bei Reisegeheimnissen an verschiedenen Grenzorten Deutschlands mehrere Millionen Mk. in Kleider eingeküht, beschlagnahmt wurden. Eine Zentrale für diese Geldschmuggel befindet sich in Berlin, wo viele Händler Tausend-Markcheine mit 1200 Mk. und Hundert-Markcheine mit 120 Mk. für ihre im Ausland stehenden Auftraggeber aufkaufen. Diese Banknoten werden dann im Ausland gesteuert und zuletzt der Reichsbank präsentiert, die dafür Geld herausgeben muß. In Konstanz wurde ebenfalls ein Geldschmuggelversuch unternommen, worauf die Reichsbank die Herausgabe von Tausend-Markcheinen sperrte.

Die wilde Jagd. Aus Jägerkreisen wird gemeldet: Das Wilder nimmt im ganzen Lande so zu, daß eine schwere Schließung der Wälder in unabweislicher Not ist. Die Wälder sind durch die Revolution auf den Staat übergegangen, neuer Jäger veranlassen förmliche Feils-

Tagen und leisten darin wahre Heldentaten. Wenn das so weiter geht, wird bald im Wald das letzte Reh und im Feld das letzte Häseln verschwunden sein.

Die Grippe in Australien. Die „Times“ meldet den Ausbruch der Grippeepidemie in Australien. Die Theater, Kinos und Schulen sind geschlossen. Das Volk verläßt die Stadt und sucht Zuflucht auf dem Lande.

Wie Kautsky sich die Sozialisierung denkt.

Der „Freiheit“, dem Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, vom 28. Januar liegt als Beilage ein von Karl Kautsky am 12. Januar 1909 aufgestelltes sozialistisches Aktionsprogramm bei. Darin bilden für ihn die Hebung der Produktion und die Produktion selber die Vorbedingung jedes Versuches der Sozialisierung der Produktion. Es gilt, die Arbeiter arbeitsfähig zu machen durch Lieferung von Lebensmitteln und der Industrie Rohstoffe zuzuführen. Ein Arbeiter, der sich ohne triftigen Grund weigert, Arbeit in einem Betrieb anzunehmen, für den er vorgebildet ist, muß nach Ansicht von Kautsky seinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung verlieren. Produktionszweige,

deren sofortige Sozialisierung nicht möglich ist, sollen, soweit sie dazu geeignet sind, durch den Staat zwangsweise syndiziert werden. Die Sozialisierung läßt sich nur schrittweise durchführen. Zur Verstaatlichung von Grund und Boden sagt Kautsky: „Man kann den Grund und Boden, soweit er in großen Betrieben bewirtschaftet wird, ohne weiteres verstaatlichen und die auf ihm oder in ihm befindlichen Betriebe zunächst in der bisherigen Weise weiter wirtschaften lassen.“ Die Betriebsinhaber werden dadurch nur aus Grundeigentümern in Pächter verwandelt, die Produktion aber wird nicht im mindesten gestört. Nach Ansicht von Kautsky steht nach dem Friedensschluß „nichts im Wege, ohne weiteres sämtliches großes Grundeigentum Bergwerken, Wäldern und großen Gütern etwa über 100 Hektar, sowie sämtlichen städtischen Grundbesitz (ohne die darauf stehenden Häuser) zu Staatseigentum zu erklären, gegen eine noch festzusetzende Entschädigung“. Für Bergwerksergale, fürstliche Besitztümer und die meisten Fideikomnisse bedarf es einer Entschädigung nicht; die auf dem staatlichen Grund und Boden stehenden Be-

triebe sind nach und nach zu sozialisieren. Bei den Waldungen, bei den Bergwerken und Latifundien, den landwirtschaftlichen Riesenbetrieben, würde es keiner langen Vorbereitungen bedürfen“. Nach Möglichkeit sollte nicht vereinzelt Betriebe, sondern ganze Industriezweige staatl. werden. Es ist nicht zweckmäßig, das bäuerliche Grundeigentum zu enteignen. Es genügt einzuweisen, daß der Staat sich bei jeder Besitzveränderung von Grund und Boden das Vorkaufsrecht wahrt, „um nach und nach allen Grundbesitz in seine Hände zu bekommen.“ Die Verstaatlichung der Großbetriebe in Zwergbetriebe hält Kautsky für einen Rückschritt.

Evang. Jünglingsverein. Donnerstag 6. Februar abends 8 1/2 Uhr Bibelstunde.
Sonntag, 9. Febr. nachm. 4 Uhr Vereinsstunde und Spiel.
Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Oberamt Neuenbürg.

**Eieraufbringung im Wirtschaftsjahr 1919.
Ermäßigung der Lieferungsschuldigkeit**

Mit Genehmigung der Landesversorgungsstelle wird in Abänderung der oberamtlichen Bekanntmachung über Eieraufbringung im Wirtschaftsjahr 1919 vom 23. ds. Mts. — Enztaler Nr. 22 — folgendes bestimmt:

Hühner: Bei der Berechnung der Lieferungsschuldigkeit bleibt eine Henne auf den Kopf eines jeden Haushaltungsmitglieds außer Anrechnung.

Für jede überschießende Henne sind im Jahre 40 (vierzig) Eier und wenn mehr als 10 Hühner gleichzeitig gehalten werden, von jeder überschießenden Henne 45 (fünf- undvierzig) Eier abzuliefern

Beispiele: 8 Haushaltungsmitglieder 8 Hennen. Ablieferungsschuldigkeit: 0; 8 Haushaltungsmitglieder, 10 Hennen. Ablieferungsschuldigkeit: 10—8 — 2 überschießende Hennen a 40—80 Eier.
8 Haushaltungsmitglieder, 13 Hennen. Ablieferungsschuldigkeit: 13—8—5 überschießende Hennen a 45—225 Eier.

Hühner und Enten: Werden neben Hühnern noch Enten gehalten und ist die Zahl der Hühner kleiner als die der Haushaltungsmitglieder, so bleibt für jedes überschießende Haushaltungsmitglied weiterhin eine Ente außer Anrechnung. Für jede überschießende Ente sind sodann 20 Eier im Jahr abzuliefern.

Beispiel: 8 Haushaltungsmitglieder, 4 Hennen und 10 Enten. Ablieferungsschuldigkeit: 14 Stück Geflügel, darunter 14—8—6 überschießende Enten a 20—120 Enteneier.

Enten: Werden nur Enten gehalten, so bleiben je zwei Enten auf den Kopf eines jeden Haushaltungsmitglieds außer Anrechnung. Für jede überschießende Ente sind 20 (zwanzig) Eier im Jahr abzuliefern.

Beispiel: 8 Haushaltungsmitglieder, 23 Enten. Ablieferungsschuldigkeit: 23—16—7 überschießende Enten a 20—40 Enteneier.

Die Lieferungsschuldigkeit muß, wenn der Geflügelhalter seine Pflicht nicht schon vorher erfüllen will, spätestens bis Ende Juli 1919, und im einzelnen zu folgenden Terminen erfüllt sein, d. h. von der Jahresmenge müssen abgeliefert werden:

für jede überschießende Henne bzw. jede überschießende Ente

bei Geflügelhaltern	
bis zu 10 Hühnern: mehr als 10 Hühner:	Enten: 6 Eier;
bis 31. 8. 14 Eier;	14 Eier;
5. 6. weitere 13 (27); weitere 14 (28); weitere 7 (19)	
2. 6. weitere 10 (37); weitere 11 (30); weitere 5 (18)	
28. 7. weitere 8 (40); weitere 6 (45); weitere 2 (20)	

Die Herren Ortsvorsteher wollen Vorstehendes gefl. alsbald in ortsüblicher Weise und durch Aushang am Rathaus bekanntgeben. So werden besonders auf § 8 der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 27. Februar 1917 in der Fassung vom 26. September 1918 betr. die Eieraufbringung im Wirtschaftsjahr 1919 — Staatsanz. Nr. 227 von 1918 — hingewiesen.

Hienach haften die Gemeinden für die Erfüllung der gesamten Lieferungsschuldigkeit der Geflügelhalter in der Weise, daß ihnen die etwaige Mindertlieferung einzelner Lieferungspflichtigen als Eierempfang angerechnet wird und daß sich ihre Lieferungsschuldigkeit infolge der Mindertlieferung einzelner Lieferungspflichtigen nicht ermäßigt. Ferner werden, unbeschadet der etwaigen dienstrechtlichen Haftbarkeit von Gemeindebeamten, die Landesversorgungsstelle bzw. der Kommunalverband innerhalb ihrer Verteilungsbezugnis die **Zuteilung anderer Bedarfsgegenstände (Zucker)** an die säumigen Gemeinden entsprechend kürzen.

Den 31. Januar 1919 D. N. Gaifer.
Mit der Bitte um Beachtung bekannt gemacht.
Wildbad, den 5. Februar 1919.

Stadtschultheißenamt Böhner.

Wildbad.

**Am Sonntag, den 9. Februar 1919,
nachm. 5 Uhr**

findet im Gasthaus zum goldenen Lamm ein

öffentlicher Vortrag

von Fräulein Marie Springer, Lehrerin am Mädchengymnasium in Stuttgart

**über
Völkerbund und
Erziehungsreformen**

statt.

Hierzu wird jedermann freundlich eingeladen
Deutsche Friedensgesellschaft.

Wildbad, den 5. Februar 1919.



TODES-ANZEIGE.

Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe treubeforgte Mutter, Großmutter und Tante

Mina Pfau geb. Gröber

nach längerem Leiden heute früh im Alter von 84 Jahren sanft verschieden ist.

In tiefer Trauer

der Sohn: Eugen Pfau, Kunstmüller

der Enkel: Eugen Pfau, Kaufmann

Beerdigung Freitag nachmittag 3 Uhr.

Einladung.

Der Jahrgang 1895

ladet zu einem am
Samstag, den 8. Februar

im
Hotel Palmengarten

stattfindenden
Unterhaltungs-Abend

sämtliche Schulkameradinnen und Schulkameraden mit ihren Angehörigen freundlichst ein.
Einige Kameraden.

NB. Es haben nur Angehörige in Begleitung von 1895er Zutritt.

Sprollenhaus.

Zu unserer am
Samstag, den 8. Febr. 1919.
im Gasthaus z. Hirsch
stattfindenden

Hochzeitsfeier

erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte höflich einzuladen und bitten dies als persönliche Einladungsbetrachtung zu wollen!

Wilhelm Haag
Marie Haag geb. Härter

Kirchgang um 12 Uhr vom Gasthaus z. Hirsch in Wildbad aus.

Geschäftsübernahme.

Die Medizinal-Drogerie und das Photohaus

von Grundner Nachfolger H. Erdmann

haben wir mit dem 1. Februar ds. J. übernommen.

Wir werden bemüht sein, den Ansprüchen und Wünschen unserer verehrt. Kundschaft in weitgehendster Weise zu entsprechen.

Unsere photographische Abteilung

bearbeitet alle Aufträge in nur fachmännisch vollendeter Ausführung bei billigster Berechnung.

Hochachtungsvoll

A. Schmit

W. Schmit

